

# Vossische



# Zeitung

20 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zweifach wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben vereint. Täglich „Unterhaltungsblatt“, „Finanz- und Handelsblatt“, — Sonntag die „Illustrierte Beilage“, „Zeitsbilder“ und „Literarische Umschau“, — Mittwoch: „Reise und Wanderung“ — Donnerstag: „Recht und Leben“

Wöchentlich 1 Mark, monatlich 4.30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise mit Zeile 35 Pfennig. Familien Anzeigen mit Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.

Verlag Ullstein, Verantw. für den Gesamtabhalt (außer dem Handelt.) Dr. Carl Misch Berlin. Für Rücksendung unev. Manuskripte in Porto befreit.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Parasport-Zentrale Ullstein: Amt Dönhofsplatz 71 3000-3005, für den Parawerkzeug Amt Dönhofsplatz 3688-3698, Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 600.

## Grubenkatastrophe im Saargebiet

### Bisher 19 Tote und 20 Verletzte geborgen 51 Bergleute müssen als verloren gelten

Saarbrücken, 25. Oktober

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

Auf der Schachtanlage Wabohls bei Friedrichsthal, 15 Kilometer nördlich von Saarbrücken, ereignete sich Samstag nachmittags 3 1/2 Uhr im Haupterzschlag der vierten Tiefaufbohle eine Schlagwetter-Explosion. Zur Zeit der Katastrophe befanden sich 90 Bergleute im Schacht. Von ihnen wurden 19 Tote und 20 Verletzte geborgen, darunter 5 Schwerverletzte, 11 Bergleute sind noch eingeschlossen. Gegen 11 Uhr abends gab die Grubeninspektion bekannt, daß sie mit der Rettung der eingeschlossenen nicht mehr zu rechnen vermöge.

Auf dem weiten Grubengelände flauen sich Laubende von erregten Bergleuten. Nur mit Mühe können die Grubenbeamten, die Feuerweh- und Sanitätsmannschaften den Wutsturm von den Toren des Schachts abwehren. Im Schenkel sind riesige weiße Stellen ausgegraben, um die Leuten aufzunehmen. Doch läßt sich die Katastrophe kaum übersehen.

Nach den knappen Mitteilungen, die die Verwaltung bisher ausgereicht, ergab sich das Unglück infolge der Explosion einer Benzol-Bombenlampe auf der vierten Sohle, die eine Kohlen- und Schlagwetterexplosion auslöste. Die 10. und unterste Sohle befindlichen Bergleute sollen auf dieser unmittelbar von der Explosion betroffenen Ebene eingeschlossen sein. Es läßt sich noch nicht feststellen, ob die Erretteten von dieser Sohle eher von einer anderen befreiten. Scheiterte es auch die dritte Sohle des Bergwerks von der Rettung der Explosion betroffen worden.

Die alten Bergknappen, die vor dem qualmenden Schacht stehen, sind zum großen Teil der Meinung, daß man die eingeschlossenen nicht als verloren aufgeben müßte. Auch wenn die Wetterführung funktioniert hätte, wie die Gruben-Inspektion mitteilt, ist do-

mit zu rechnen, daß die Verschütteten nicht mit dem Leben davonkommen. Unter der ganzen Grubenabteilung herrscht ein gehobene Erregung. Dem nach dem Unglück auf der Sohle „Athen“ im Jahre 1907, das 150 Bergleute das Leben kostete, würde dieses Unglück, wenn es sich in dem angegebenen Umfang abgespielt hat, das schwerste im Saar-Revier seit 20 Jahren sein.

Die Rettungsaktionen sind von zwei Seiten für die Hilfeleistung eingeschlossen. Am 26. Uhr wurde als erster Toter ein Steiger geborgen. Um 5 1/2 Uhr wurde bekannt, daß vier Schwerverletzte gerettet worden. Erst kurz nach 9 Uhr war es möglich, die Tragreste der letzten Sohle Katastrophe einzunehmen abzuschließen.

Das Mitglied der Steigergruppen-Mannschaft, der stellvertretende Bergbauinspektor Oberst als Vertreter der Bergbau-polizei und der Gruppenspeid der Gruppe Ost-Bella sind an der Unglücksstelle eingetroffen.

Nach wachen die Familien auf halbem, noch stehen wir unter dem erschütternden Eindruck der furchtbaren Katastrophe von Wabohls, die zweieinhalb Hundert Menschen aus dem Leben gerissen hat, da kommt aus Saargebiet diese neue Schreckensnachricht. Und wieder eine Tragödie, die zunächst nur eine Andeutung von dem Orkan gibt, das in der Tiefe des Bergwerks über Menschen hereinbricht. Wieder beginnt in jeder Stunde das qualvolle Herantreten, Hoffnung und Verzweiflung der Angehörigen, deren Männer, Weiber und Söhne einem ungewissen Schicksal ausgeliefert sind. 19 Tote, 20 Verletzte, 11 Bergleute noch lebend, eingeschlossen zwischen Stein und Kohle. So heißt es zur Stunde. Was wird morgen sein? Ganz Deutschland wartet und hofft.

## 27 Tote auf der „Baden“

### Eingehende Untersuchung aufgeklärt

Rio de Janeiro, 25. Oktober

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

Die ersten Meldungen über die Verschickung des Dampfers „Baden“ durch ein brasilianisches Riffenstück haben die Zahl der Opfer zu niedrig angegeben. Wie jetzt bekannt wird, sind nicht weniger als 27 Tote, unter ihnen 16 Frauen und Kinder und 11 Besatzungsmitglieder auf der „Baden“ zu verzeichnen. Unter den Toten befinden sich vier Angehörige der Besatzung. Die getöteten Frauen und Kinder gehörten ausnahmslos zu den spanischen Auswanderern, die die Hauptmasse der „Baden“-Passagiere bildeten.

Der brasilianische Marineinspektor hat noch gestern nachmittag den heutigen Schrecken ausgeklärt und ihm sein tiefes Bedauern ausgesprochen. Er sagte hinzu, daß alles geschehen werde, um den traurigen Unfall aufzuklären.

Welche Bedeutung mit welchem Recht die neue revolutionäre Regierung, deren Zusammenkunft noch kein Kennzeichen feststeht, dem Zwischenfall beizumessen, geht daraus hervor, daß als erstes Parteimitglied heute nacht das Justizministerium Gabriel Fernandes übertrug wurde, der sofort erklärte, seine vornehmste Aufgabe werde die schleunige Beilegung des „Baden“-Zwischenfalls sein.

Die bisher über die Verschickung der „Baden“ vorliegenden Nachrichten sind noch so dürftig, daß man ein abschließendes Urteil nicht zu fällen vermag. Die zugelegte Untersuchung wird hoffentlich bald mehr Klarheit bringen. Daß diese Untersuchung mit allem Nachdruck geführt wird, müssen wohl unbedingt verlangen, und zwar ebenfalls im heutigen Interesse, wie im Interesse der spanischen Opfer, die ein deutliches Gefühl gehabt hatten, um ihre neue Heimat zu erreichen und nun auf so tragische Weise kurz vor der Erreichung ihres Heiles ums Leben gekommen sind.

Soweit man bisher übersehen kann, ist das Verhalten der brasilianischen Riffenstrecke völlig unverständlich. Es ist fraglich, ob die „Baden“, wie anfänglich zu erahnen wurde, auf dieser Seite überhaupt wurde, ohne Gefahr gelassen zu sein. Zunächst einmal wird das Schiff ohne Zweifel — und gerade in einem Falle, in dem die Schiffspolizei wegen der Unruhen nicht revidiert werden konnten — bestimmt sowohl die Besatzung, als auch die Passagiere der „Baden“ geborgen geführt haben. Zum anderen aber müßte die Besatzung einer Riffenstrecke immerhin so weit fernamäßig gefahrt sein, daß sie, selbst wenn die Flutgefahr durch irgendeinen unglücklichen Zufall im Augenblick nicht von ihr ausgemacht werden konnte, ein großes Seewert und Aufsehen einen 6000-Tonnen-Dampfer-Schiff erkennen müßte.

Es ist nur denkbar, daß die allgemeine Notwendigkeit so groß gewesen ist, daß selbstherrliche und verurteilende Verurteilung der Lage nicht fortzuführen hat. Dafür spricht auch die Tatsache, daß die Batterie, die nach ihrer Angabe nur einen Warnungsschuss abgeben wollte, der vor den Bug des Schiffes geteilt war, so schießend, daß sie gleich mit dem ersten Schuß den folgenwärtigen Treffer erzielte. Möglich wäre auch, daß die regelmäßige Besatzung der Batterie infolge der revolutionären Vorgänge des Tages nicht zur Stelle war, und übertriebene Unterfragen den verhängnisvollen Entschluß gefaßt haben.

Alle diese Erwägungen können aber niemals als Entschuldigung anerkannt werden. Sie wollen den Angehörigen der Untersuchung nicht verzeihen. Sollte sie zu Resultaten führen, die den hier ausgeführten Bestimmungen etwas entsprechen, so muß von deutscher Seite mit allem Nachdruck auf eine asserende des Schicksal geburgen werden. Es kann dann nicht genügt sein, die brasilianische Regierung Schadenersatz leisten. Die große Zahl der Toten und Verletzten erfordert eine strenge Festsetzung der Schuldigen. Es geht nicht an, daß die neutrale Handels-schiffahrt in besorgter Weise gefährdet wird.

(Siehe auch vierte Seite.)

## Das Reparationsproblem

Von  
Dr. Peter Reinhold  
Mitglied des Reichstages

Seit dem unglücklichen Tag, an dem im Diktat von Versailles unsere ehemaligen Feinde dem deutschen Volk an Stelle einer einmaligen Kriegentschädigung Kassen aufzurufen zu können glaubten, die als Tributzahlungen sich über eine lange Reihe von Jahrzehnten erstrecken sollten, ist die Weltwirtschaft nicht zur Ruhe gekommen. Es kann nicht die Aufgabe dieser Zeilen sein, den Weisungen aufzugeben, den die deutsche Wirtschaft und das deutsche Volk vom Diktat von Versailles zu dem von London und dem James-Plan zum Young-Plan gewonnen ist; die Festhaltung mag genügen, daß, so oft man auch verleihe, die Reparationsfrage zu regeln, sich nach kurzer Zeit immer wieder herausfindet, daß die getroffenen Vereinbarungen sich auf die Dauer nicht durchführen lassen.

Der letzte Grund für diese Kette von Mißerfolgen liegt darin, daß man immer wieder gleichsam die Quadratur des Kreises versucht: Das heißt, daß man komplizierte Organisationen und Mechanismen schafft, die das unübersehbare Problem meistern sollten, aus Deutschland eine größere Summe herauszubringen, als es nach unänderlichen nationalökonomischen Gesetzen zu leisten imstande ist. Das wirtschaftliche Grundgesetz für gegenwertlose Zahlungen von einem Volk an das andere, das bei den bisherigen Abmachungen immer wieder verletzt wurde, hat das internationale Gaderparlament-Komitee unter der Leitung von Charles G. Dawes und Owen D. Young in seinem Bericht vom 9. April 1924 — dem sogenannten Dawes-Plan — im dritten Abschnitt des ersten Teiles folgendermaßen klar und unumstößlich formuliert:

Um die Abführung eines Bundes oberhalb zu erhalten, muß sich nicht nur sein Haushalt im Gleichgewicht befinden, sondern es müssen auch seine Einkünfte aus dem Ausland ebenso groß sein wie seine Ausgaben an das Ausland, wobei diese nicht nur die Bezahlung der Warenaufnahme, sondern auch die Reparationszahlungen einschließen müssen. Auch das Gleichgewicht des Staatshaushalts kann nur unter denselben Bedingungen bewahrt erhalten bleiben. Anfechtungen können die Gaskasse zwar verkleinern oder ihre verlässigen Einnahmen zeitlich vermindern, vermehren sie aber nicht zu können. Um beim Reparationsabkommen durch die Einstellung eines Pessens in den Haushalt aufgedrückt werden können und müssen — d. h. durch Steuererhebung über die inneren Ausgaben hinaus —, so können sie aus Ausland nur aus einem wirtschaftlichen Ueberfluß der Arbeitseistung des Landes bezahlt werden.

Diese Formulierung ist heute noch genau so gültig, wie sie es 1924 war, und wird es für alle Gezeiten bleiben. Und solange kein Abkommen eingewilligt ist, das diesem fundamentalen Grundgesetz Rechnung trägt, wird die Frage der Reparationen niemals zur Ruhe kommen, und Schwierigkeiten über Schwierigkeiten werden sich nicht nur für Deutschland, sondern für die gesamte Weltwirtschaft immer aufs neue aufstern. Man wird über längere oder kürzere Zeiträume durch Anleiheoperationen hinwegkommen und damit äußere Arrien der Reparationen hinausbringen können; aber im langen Lauf der Dinge wird man immer wieder erkennen, daß nur die praktische Berücksichtigung des oben zitierten Grundgesetzes des Dawes-Plans für die deutsche Reparationsfrage eine dauerhafte Grundlage schaffen und damit die Gefahrenquellen ausschalten kann, die der Weltwirtschaft fort und fort von diesem unglücklichen Problem her drohen.

Der Young-Plan hat diesen Grundgedanken nicht berücksichtigt; er hat Zahlungen festgelegt, die nicht auf Grund der im Augenblick oder nach menschlichem Ermessen in der Zukunft möglichen weltwirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands berechnet waren, sondern sich aus der Ableitung gewisser Zusatzposten ergeben, die unsere künftigen Feinde aus den deutschen Annuitäten gedeckt wissen wollten.

Wird wirtschaftliche, sondern politische Erwägungen haben die Gaskasse des Young-Planes bittet. Die deutschen Saaderränder — auch die, die das Ergebnis der Pariser Saaderränderkonferenz unterzeichnen — haben die wirtschaftliche Tragbarkeit der Young-Annuitäten unter den augenblicklichen Verhältnissen auf